

Telegraphische Depeschen.

Marseille, 21. Mai. Hier eingetroffene Berichte aus Konstantinopel vom 16. d. melden, daß der Sultan an einem gastrischen Fieber erkrankt sei. Diefelben Berichte bestätigen, daß Omer Pascha behufs Unterdrückung der slavischen Agitation erwartet werde.

Neapel, 23. Mai. Nach offiziellen Nachrichten aus Sizilien sind in einem am 21. d. stattgehabten Kampfe der Insurgenten mit einem Chasseur-Bataillon 128 der Ersteren getödtet worden. Es wird ferner gemeldet, daß die Revolution keine Fortschritte mache.

Telegraphische Nachrichten.

Neapel, 23. Mai, Abends. Am 20. Mai Abends wurden die bei Marino unweit Monreale (ein Paar Stunden von Palermo entfernt) gelagerten Neapolitanen zweimal tüchtig geschlagen, aus ihrer Position vertrieben und mit großen Verlusten bis Partenico verfolgt. Einer ihrer Anführer, Rosolino Pilo, wurde getödtet. Die von den Insurgenten bestiegen Höhen wurden von den kgl. Truppen genommen, welche die Verfolgung fortsetzen.

Preußen.

Berlin, 24. Mai. [Amtliches.] Se. kgl. Hoh. der Prinz von Preußen, Regent, und Se. kgl. Hoh. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen sind nach Kreuznach abgereist.

Se. kgl. Hoh. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, allergnädigst geruht: Dem bei der General-Inspektion des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens angestellten erpedirenden Sekretär und Registrator Kluger den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Angekommen: Se. Exc. der Wirkl. Geh. Rath und Präsident des evangelischen Ober-Kirchenraths von Uechtritz, aus der Rheinprovinz.

Abgereist: Se. Exc. der Staats-Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, v. d. Heydt, nach Trier. Se. Exc. der Staats- und Minister der geistlichen u. Angelegenheiten, Dr. v. Bethmann-Hollweg, und Se. Exc. der Staats- und Finanz-Minister Herr v. Patow, nach Kreuznach. Se. Exc. der Kanzler des Königreichs Preußen, Chef-Präsident des ostpreussischen Tribunals, Dr. v. Zander, nach Königsberg i. Pr. Se. Exc. der Wirkl. Geh. Rath v. Kabinets-Rath Illaire, und der Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Rath Costenoble, nach der Rheinprovinz. Die Ministerial-Direktoren, Wirkl. Geh. Ober-Regierungs-Räthe v. d. Red, MacLean und Delbrück, nach Trier. Der Wirkl. Geh. Ober-Finanz-Rath und General-Direktor der Steuern, v. Pommer-Esche, nach Kreuznach.

Die Kommission wegen Befestigung der preuß. Küsten, welche bereits zur Besichtigung des ganzen preussischen Küstengebietes von hier abgereist ist, wird sich, wie die „E. Ztg.“ meldet, auch nach Mecklenburg, Oldenburg, Hamburg und Lübeck begeben. Die preuß. Regierung hatte den Küstenstaaten den Zweck der Reise der diesseitigen Kommission mitgeteilt, worauf dieselben den Wunsch ausdrückten, daß die Kommission sich auch auf ihre betreffenden Küstengebiete begeben möchte, um an Ort und Stelle mit derselben die Feststellung der Befestigungen mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse gemeinsam vornehmen zu können. In Bezug auf Hannover ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Es gewinnt jedoch den Anschein, daß Hannover sich keineswegs in dieser Beziehung ganz ausschließen werde.

Die aus der „E. Zeitung.“ in die Nr. 241 unseres Blattes übernommene Mitteilung, der gemäß von der Einbringung von Landwehr-Offizieren in die Linie nunmehr Abstand genommen sein soll, wird wir auf Grund einer seitens des Kriegsministeriums an die General-Commandos ergangenen Weisung in der Lage, als unzutreffend zu bezeichnen. Es steht vielmehr auch jetzt noch der bisher beabsichtigte Uebertritt einer entsprechenden Anzahl Landwehr-Offiziere in die Linie, so wie die Wiederanstellung zur Zeit inaktiver Offiziere in Aussicht.

Die reformirte Konferenz in Detmold ist vertagt und wird neben dem im September zu Barmen abzuhaltenden evangelischen Kirchentage stattfinden.

Berlin, 24. Mai. [Berichtigung.] Das „Düsseld. Journ.“ bringt in seiner Nummer 116 einen sehr detaillirten Bericht über eine Unterredung, welche zwischen dem kgl. Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem kaiserl. franz. Gesandten stattgefunden haben soll. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß eine solche Unterredung nicht stattgefunden hat.

Se. kaiserl. Hoh. der Großfürst Nikolaus von Rußland traf heute Früh, von Eisenach kommend, auf der anhalter Bahn mit seinen militärischen Begleitern hier ein und wurde bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe von Sr. kgl. Hoh. dem Prinzen Albrecht, dem General-Feldmarschall v. Wrangel, dem russ. Gesandten, Baron v. Budberg, und den sämtlichen Attaches der Gesandtschaft, dem Stadt-Commandanten, General-Major v. Alvensleben, und dem Polizeipräsidenten v. Zedlitz empfangen. Se. kgl. Hoh. der Prinz Albrecht stieg mit dem hohen Gaste in die bereit gehaltene Hofequipe und gab ihm zum russ. Gesandtschafts-Hotel das Geleit, wo Se. kaiserl. Hoh. während der Dauer seiner Anwesenheit wohnen wird. Vor-mittags 10 Uhr stattete der Großfürst den hier anwesenden Mitgliedern der kgl. Familie, dem Prinzen und der Frau Prinzessin Karl, dem Prinzen Albrecht, Friedrich, Georg und Adalbert und andern hohen Herrschaften seine Besuche ab und empfing bald darauf deren Gegenbesuche. — Ihre kaiserl. Hoh. die Frau Großfürstin Helene von Rußland trifft heute Abend, von Königsberg kommend, hier ein und wird ebenfalls im russ. Gesandtschafts-Hotel absteigen.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. Mai. Ueber den Inhalt der kirchengesetzlichen Vorlagen, welche morgen an die zweite Kammer gelangen werden, erfahren wir heute folgendes Nähere. Der evangelisch-protestantischen und der römisch-katholischen Kirche sind die Rechte öffentlicher Corporationen gewährt. Die Bildung religiöser Vereine ist gestattet, deren Gottesdienst unter dem Schutz des Staats gestellt. Religionsverschiedenheit ist kein bürgerliches Hinderniß; für jede nach den Staatsgesetzen zulässige Ehe muß eine rechtliche Form der Eingehung durch das Gesetz gewahrt sein. Die Bestimmung der Religion der Kinder steht mit Ausschluß jeder Zwangsmeinung von Seiten des Staats lediglich denjenigen zu, welchen nach den Landesgesetzen das Erziehungsrecht übertragen ist, zunächst also dem Vater. Das gesammte öffentliche Unterrichtswesen wird vom Staate geleitet; andere Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten stehen unter der Aufsicht der Staatsregierung. Beide Kirchen ordnen und leiten ihre Angelegenheiten in völliger Freiheit und Selbstständigkeit; ihr Verkehr mit den kirchlichen Oberen findet ungehin-

dert statt. Kirchenämter werden, soweit nicht erworbene Rechte aus irgend einem öffentlichen oder Privat-Titel (Patronat u.) entgegenstehen, von der Kirche selbst verliehen, jedoch nur an solche, die das bürgerliche Staatsbürgerrecht besitzen und der Regierung nicht bürgerlich oder politisch mißfällig sind. Die Verwaltung des Kirchenvermögens untersteht der gemeinsamen Leitung des Staats und der betreffenden Kirche. Religiöse Orden und Anstalten solcher dürfen nur mit Staatsgenehmigung eingeführt werden, welche wegen Mißbrauchs widerrufen werden kann. Der Religions-Unterricht wird von der Kirche besorgt, beziehungsweise überwacht, unbeschadet jedoch der einheitlichen Leitung der Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten. Die Kirchen sind bejugt, Bildungsanstalten für ihre Geistlichen zu errichten. In bürgerlicher und politischer Erziehung bleiben die Kirchen, deren Anstalten und Diener den Staatsgesetzen unterworfen. Keine Kirche kann aus ihrer Verfassung u. Befugnisse ableiten, die mit der Souveränität und den Gesetzen des Staats in Widerspruch stehen. Auch das Vermögen der Kirchen unterliegt, namentlich auch in Ansehung der Besteuerung, den Gesetzen des Staates. Keine Verordnung der Kirchen, die in bürgerliche oder politische Verhältnisse eingreift, kann rechtliche Geltung in Anspruch nehmen oder in Vollzug gesetzt werden, bevor sie die Staatsgenehmigung erhalten; alle kirchlichen Verordnungen müssen gleichzeitig mit der Publication der Staatsregierung mitgeteilt werden. Verfügungen und Erkenntnisse der Kirchengewalt gegen die Freiheit und das Vermögen einer Person können wider deren Willen nur von der Staatsgewalt und nur unter der Voraussetzung vollzogen werden, daß sie von der zuständigen Staatsbehörde für vollzugsreif erklärt worden sind. Aufgebote und Trauungen werden in Fällen, wo der zuständige Geistliche dieselben ohne gegenseitigen Grund verweigert oder verzögert, die ersten auf bezirksamtliche Anordnung vom Bürgermeister, letztere vom Bezirksamt selbst oder mit dessen Ermächtigung auf Antrag der Brautleute von einem andern Geistlichen verrichtet. Der von diesem oder dem Bezirksamt ausgefertigte Ehechein muß dem zuständigen Pfarrer vorgelegt und von diesem in das Ehebuch eingetragen werden. Uebrigens ist die Regierung ermächtigt, wo es erforderlich erscheint, in einzelnen Orten eigene bürgerliche Standesbeamte zu bestellen. — In den Zusätzen zum Straßengesetz, welche einen Theil der Vorlage ausmachen, ist der tadelnde Angriff eines Geistlichen auf die Gesetze und Einrichtungen, die Regierung und einzelne Behörden des Staats, auf die Volksvertretung, so wie auf einzelne Klassen, Stände, Genossenschaften u. in öffentlichen amtlichen Vorträgen oder dergleichen Schriften mit Gefängnisstrafe nicht unter 4 Wochen bedroht. Gefängnis nicht unter 8 Wochen oder Arbeitshaus bis zu zwei Jahren soll den Geistlichen treffen, der sich der anmaßlichen Ausübung einer amtlichen Behörde schuldig macht, welche nach den Staatsgesetzen einer weltlichen Behörde zugehört. Diese Freiheitsstrafen können zu einem Theil in Geldstrafen von 50 bis 500 Th. verwandelt werden. Nichtgeistliche, welche strafgesetzmäßig verpönte Handlungen eines Geistlichen wissentlich erleichtern oder befördern, werden als Gehilfen bestraft. (P. 3.)

Karlsruhe, 19. Mai. [Die kurheffische Verfassungsangelegenheit.] Am 23. wird die als Motion behandelte Interpellation des Abgeordneten Achenbach von Mannheim über die kurheffische Verfassungsangelegenheit in der zweiten Kammer zur Verhandlung kommen. Der Bericht, von dem Abgeordneten Rissner erstattet, schließt nach der heutigen „Karlz. Ztg.“ mit dem Antrage, den dringenden Wunsch zu Protokoll zu erklären: Die großherzogliche Regierung möge in Berücksichtigung, daß die Bundesbeschlüsse vom 27. März 1852 und 24. März 1860, in sofern sie die kurheffische Verfassung vom 5. Januar 1831 im Ganzen beseitigten, mit den Bundesgesetzen, namentlich aber mit dem Art. 56 der Wiener Schlussakte im Widerspruch sind, für den Fall, als nicht in Kürze im Wege der Vereinbarung mit den Ständen ein dieselben befriedigender Abschluß der Verfassungsfrage erzielt wird, ihren ganzen Einfluß aufbieten, daß die Verfassung vom 5. Januar 1831 wieder hergestellt und die kurheffische Regierung veranlaßt werde, durch Verständigung mit den nach dem Wahlgesetze von 1831 einzuberufenden Ständen die etwa bundeswidrigen Bestimmungen aus dieser Verfassung auszuschließen.

Die Erklärung der Regierung dürfte gegnündetem Vermuthen nach in einem Sinne ausfallen, der der bundesständlichen Einmischung in die Verfassungsangelegenheiten der einzelnen Staaten nichts weniger als günstig ist. Aus Mittelddeutschland, 20. Mai. [Die kurheffische Verfassungsfrage.] Wie man uns aus guter Quelle mittheilt, so soll die Publikation der neuen kurheffischen Verfassung wirklich fortwährend auf Schwierigkeiten stoßen. Mehrere Punkte sollen keineswegs von dem Kurfürsten und seinem Ministerium mit gleichen Augen angesehen werden. Und doch kann man nicht so leicht von der Erklärung loskommen, welche man am 19. April in der Bundes-Versammlung abgab und welche dahin lautete: „Die kurfürstliche Regierung hat außer denjenigen ständischen Anträgen, welche dieselbe nach Maßgabe der in Folge des Bundesbeschlusses vom 24. v. Mts. in derselben Sitzung abgegebenen Erklärung zu berücksichtigen hat, auch diejenigen sämtlich nicht als bundeswidrig erkannten Anträge der Stände, welche sich nicht auf die Verfassung von 1831 gründen, genehmigt und wird die hiernach zu erlassende Verfassung nach deren Publikation behufs Ertheilung der zugesicherten Garantie hoher Bundesversammlung thunlichst bald überreichen.“ Die Abweichung von dem einfachen Wege auf der alten Rechtsgrundlage rächt sich bei jedem Schritte. — In diplomatischen Kreisen spricht man auf's Neue von der Absicht des bairischen Bundestags-Gesandten Herrn v. d. Nordten, in den österreichischen Staatsdienst zu treten; ob mit Grund, wissen wir nicht.

Italien.

Neapel. [Die Expedition Garibaldi's.] Auch die neapolitanische Regierung fängt nunmehr an, rüchlich den sicilischen Aufstandes der Wahrheit einige Zugeständnisse zu machen. Das neapolitanische „Giornale ufficiale“ vom 18. Mai berichtet, wie eine marseiller Depesche vom 22ten meldet, „Garibaldi befindet sich in Person unter den ausgeschifften Banden; diese belaufen sich auf 800 Mann, welche alsbald Zugzug erhalten und den General Landi bei Alcamo angegriffen hätten; General Landi sei Sieger geblieben, aber nun hätten die Städte Alcamo und Partenico sich erhoben und Garibaldi's Soldaten aufgenommen; General Landi habe hierauf einen neuen Angriff unternommen und von Neuem gesiegt. Darauf habe sich seine Kolonne nach Palermo zurückgezogen.“ Privatnachrichten, die aus Neapel vom 19ten in Marseille eintreffen, melden, daß die Freicorps bis Bagheria vorgerückt seien und General Landi auf dem Rückzuge nach Palermo von den aufgelaufenen Volksmassen verfolgt worden sei. Ein Extractblatt des in Genua erscheinenden „Movimento“ meldet sogar, wie aus Genua, 23. Mai Morgens telegraphirt wird, daß Garibaldi mit 9000 Mann Infanterie und einer Schwadron Kavallerie in Palermo eingezogen ist, und daß die neapolitanischen Truppen die Waffen gestreckt haben. Auch nach der pariser „Opinion nationale“ vom 22. Mai soll Palermo in die Hände der Insurgenten gefallen sein. Dieselben hätten ihr zufolge die Stadt nicht genommen, sondern sie nur nach dem Abzuge der Truppen besetzt. Die Nachricht bedarf jedenfalls der Bestätigung. — Das „Giornale ufficiale“ vom 18. enthält auch das Dekret, wodurch General Lanza zum Alter ego e nannt und mit Herstellung der Ruhe, durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel“ beauftragt wird; auch wird angezeigt, daß ein Prinz von königlichem Geblüte nach Sizilien als General-Statthalter gehen werde. In Palermo wanderten die neapolitanischen Familien, die bis dahin noch zurückgeblieben waren, aus, da die Aufregung unter der Bevölkerung sichtbar im Steigen war. Was Rino Virio betrifft, dessen Tod offiziell neapolitanische Depeschen meldeten, so erklärt die „Opinion nationale“ diese Todes-Anzeige als aus der Luft gegriffen. Der „Patrie“ vom 22. zufolge stehen die Freiwilligen Garibaldi's jedoch noch erst in Partenico (Provinz Trapani). Der General Lanza hat am 20. d. eine große Revue über seine Armee abgehalten und am folgenden Tage Truppen zur Verstärkung der Garnison von Trapani abgeleitet. Die Freiwilligen ihrerseits erhalten ebenfalls beträchtliche Verstärkungen, die ihnen von allen Punkten der Insel zukamen. — Die „Patrie“ theilt über die militärische Haltung des Kirchenstaates und des neapolitanischen Königreiches noch Folgendes mit: „Auf dem festen Lande und in Neapel selbst herrscht allenthalben Ruhe. An der ganzen Küste wie an den römischen Gren-

zen sind Truppen-Corps gezogen, um die Freischaren von den Abruzzen fernzuhalten. Das römische Gouvernement seinerseits hat seine Armee zwischen Corneto (Provinz Civitavecchia) bis nach Ancona über Orvieto, Perugia, Gubbio und Cingoli aufgestellt. Die Positionen sind trefflich gewählt, und fliegende Abtheilungen durchstreifen das Gelände, um die Freischaren abzuhalten. Da die Freischaren nicht zu Tausenden sich anammeln können, weil die piemontesische Regierung sie daran verhindert, so begeben sie sich in kleineren Abtheilungen von 2-300 Mann in die noch im Aufstande begriffenen Landestheile. Die Zahl solcher kleinen Corps, die man allenthalben organisiert, soll beträchtlich sein.“ — Aus Genua wird nun auch in einer turiner Depesche gemeldet, „daß das Garibaldi'sche Freicorps, das in den Kirchenstaat eingerückt war, in die Flucht geschlagen wurde. Die Gefangenen wurden dem Obersten Rimodan, dem Generalstabs-Chef Lamoriciere's, vorgeführt.“ Römische Briefe vom 19. melden, daß die am 14. in der Richtung gegen Orvieto ausmarschirten Truppen in kurzem wieder in Rom eintreffen würden. In einem Privatbriefe der „Gaz. de France“ aus Genua, 19. Mai, heißt es: „Eine neue Landung von Eindringlingen wurde an den drei Brunnen, einem wenig bekannten Küstenpunkte, bemerkt. Das Schiff war der Wachsamkeit der Kreuzer nicht entgangen, und die „Saetta“ machte Jagd darauf; aber die Garibaldisten ließen den Kreuzer herankommen und zerfossen ihm dann die Räder. Die „Saetta“ konnte sie nun nicht mehr verfolgen. Wir vermuthen, daß dies die Garibaldisten unter dem Obersten Zurr sind, dieselben, welche vom Fort des heiligen Stephan im Toskanischen die Kanonen wegnahmen.“ — Die „Opinion nationale“ meldet, daß im Golf von Neapel die französische Fregatte „Descartes“ und zwei englische Linienfregatten angekommen sind, und daß die neapolitanische Regierung alles Geld, dessen sie habhaft werden kann, in londoner Papier umwechselte. Das letzte französische Paketboot soll eine Million Geld entführt haben.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 22. Mai. [Die Lage der Dinge.] Seit meinem letzten Briefe hat sich in der Schweiz die Situation in mancher Beziehung verändert und der wirkliche Schweizer blickt nicht ohne Beschämung in die Vergangenheit zurück, sich selbst zugestehend, daß die Situation nicht wiederkehrt und daß die Zukunft weit ernstere Prüfungen im Schooße birgt, als ein entschlossenes Handeln über uns gebracht hätte. Allein — sind wir nur Schuld daran, daß der Napoleonismus mindestens momentan seine Triumphe feiert, kann nur uns eine unverzeihliche Schwäche vorgeworfen werden, uns, die wir wohl ein bewaffnetes Volk, aber kein wirklich kriegsgeliebtes Heer besitzen? Ich glaube unbedingt hier mit Nein antworten zu müssen. Die europäische Diplomatie und ganz besonders England haben sich täpiren lassen und wir standen am Ende mit unseren Ansprüchen vollkommen isolirt, genöthigt, entweder auf Gerathewohl einen bewaffneten Konflikt hervorzurufen und ihn vielleicht allein auszufechten, oder aber zu bauen auf eine unsichere Hilfeleistung von Seiten Europas, auf einen europäischen Krieg. Es war ohne Zweifel unser Nachtheil, daß einestheils die alte Entschlossenheit der Schweizer durch den langen Frieden gewichen war, andertheils die materiellen Interessen zu sehr in den Vordergrund getreten sind und so manche unserer Repräsentanten leide. Man sah die Gefahr nicht, weil man sie nicht sehen wollte, man suchte sie sich geistlich zu verhehlen und haute zu sehr auf die Zukunft. Ich darf es nicht verhehlen, daß auch auf Viele der Gedanken eines Zuwachses des eidgenössischen Territoriums eine gewisse Repulsion übte, welche sich nur demjenigen erklärt, welcher die Schweiz und die Schweizer kennt. Noch in so heftigem Kampfe begriffen gegen die ultramontanen Elemente, welche besonders seit einiger Zeit wieder so stolz ihr Haupt erhoben, fürchtete man, daß Savoyen diesen Elementen ein Uebergewicht verleihen, dem inneren religiösen Zwiespalt neue Nahrung geben würde. Wer den inneren Entwicklungskampf der Schweiz nur seit den 15er Jahren kennt, wird sich dies erklären und die Differenzen (nicht diejenigen von Zürich des Hrn. Dubs) in der öffentlichen Meinung begreifen. Wir unsererseits, die wir der sogenannten Kriegspartei angehören, theilen diese Befürchtung weniger, wir trauen dem schweizer Volke mehr Entwicklungskraft zu; allein die Erisse der gegnerischen Ansicht und das Bestreben der Männer des Friedens, à tout prix sie zu hegen und zu pflegen, lähmt jede entscheidende Handlung. Doch zürnen wir nicht mehr dem Geschehe, das uns den Moment entschlippen ließ; beschäftigen wir uns vielmehr mit dem, was die Zukunft uns bringen kann, wahrscheinlich auch bringen wird.

Es ist unverkennbar, daß die Pläne L. Napoleons's sich nicht auf die neuesten Erwerbungen beschränken, daß er nach einer Erweiterung seines Einflusses strebt und jetzt besonders sein Augenmerk auf Italien gerichtet hat — die neuesten Nachrichten geben darüber die besten Aufschlüsse — nachdem er durch alle möglichen diplomatischen Künste die Großmächte für ein gemeinschaftliches Handeln und den Widerstand der Schweiz, des Vorpostens Deutschlands, gelähmt und deren Vertrauen auf die deutsche Kraft erschüttert, wird er das jetzt noch folgsame, aber emanzipirungslustige Piemont fester zu umklammern suchen, um es durch fortwährende Unterwürfungen in seiner inneren so nothwendigen Entwicklung zu stören. Glücklicher Weise tritt hier endlich der Augenblick ein, in welchem England Gelegenheit hat, die Gefahren zu erkennen, welche ihm im Mittelmeere durch die Machinationen L. Napoleons's drohen; schon jetzt, wir sind dessen gewiß und könnten es selbst durch sichere Anhalte bekräftigen, nimmt es einen nicht unbedeutenden Antheil an dem Kampfe in Sizilien. Hier ist der verwundbare Fleck der schon längst wurmfressigen französisch-englischen Allianz, und die Entscheidung des Kampfes wird auch die Basis legen zu neuen Verbindungen und Beziehungen.

Es kann Ihnen nicht entgangen sein, daß trotz den scheinbaren oder wirklichen Beruhigungsbestrebungen der piemontesisch-ministeriellen Presse ein allgemeines Mißbehagen gegen die Präponderanz Frankreichs immer deutlicher in dem neuen italienischen Reiche zu Tage tritt. So sehr sich auch die italienische Politik in ihrem oft naiven Vertrauen Bösen gegeben hat, so hat doch der Kampf von 1859, mag man ihn auch von mancher Seite in Deutschland mißbilligen, das Gute gehabt, daß er das Gefühl der Selbstständigkeit der Nation weckte, ein Gefühl, das auch dem fremden Einflusse von Westen Rechnung tragen wird. Wir haben allerdings in der Schweiz keine Ursache, auf Italien Hoffnungen zu bauen; denn das turiner Kabinet hat sich gegen uns in einer Weise benommen, daß wir einen Status quo ante bellum nur zurückwünschen könnten; allein wir dürfen diesen Zustand des politischen Ueberganges und des politischen Unverstandes — wenn wir ihn mit dem rechten Namen benennen wollen — nicht als eine Norm für spätere politische Zustände ansehen, da in Ober-Italien zu sehr noch die französischen Umtriebe ihr Wesen treiben, als daß wir alle Schikanen des turiner Kabinet's diesem selbst zuschreiben könnten.

In der Voraussicht auf einen künftigen Allianzwechsel hat sich die Schweiz nun gleichsam darauf beschränkt, sich zu rüsten und ihre energische Defensiv vorzubereiten: die Savoyer-Frage ist nicht aufgegeben, sondern sie ist nur aufgeschoben.



